

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

---

*Sitzungsdokument*

ENDGÜLTIG  
**A5-0016/2003**

27. Januar 2003

## **BERICHT**

über Wege zur allgemeinen Verbreitung der Mobilkommunikation der dritten  
Generation  
(2002/2240(INI))

Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatlerin: Danielle Auroi



## INHALT

	Seite
GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE.....	4
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG.....	5
BEGRÜNDUNG.....	12

## **GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE**

Mit Schreiben vom 12. Juni 2002 übermittelte die Kommission dem Europäischen Parlament eine Mitteilung mit dem Titel „Wege zur allgemeinen Verbreitung der Mobilkommunikation der dritten Generation“ (KOM(2002) 301 – C5-0525/2002), die zur Information an den Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie weitergeleitet wurde.

In der Sitzung vom 21. November 2002 gab der Präsident des Europäischen Parlaments bekannt, dass der Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie die Genehmigung zur Ausarbeitung eines Initiativberichts gemäß Artikel 47 Absatz 2 und Artikel 163 der Geschäftsordnung zu diesem Thema erhalten hatte.

Der Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie hatte in seiner Sitzung vom 9. Juli 2002 Danielle Auroi als Berichterstatterin benannt.

Der Ausschuss prüfte den Berichtsentwurf in seinen Sitzungen vom 12. November 2002, 25. November 2002, 2. Dezember 2002 und 23. Januar 2003.

In der letztgenannten Sitzung nahm er den Entschließungsantrag mit 33 Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: die Abgeordneten Carlos Westendorp y Cabeza, Vorsitzender; Yves Piétrasanta, stellvertretender Vorsitzender; Claude Turmes (in Vertretung der Berichterstatterin), Sir Robert Atkins, Luis Berenguer Fuster, Mogens N.J. Camre (in Vertretung von Seán Ó Neachtain gemäß Artikel 153 Absatz 2 der Geschäftsordnung), Gérard Caudron, Giles Bryan Chichester, Nicholas Clegg, Willy C.E.H. De Clercq, Concepció Ferrer, Francesco Fiori (in Vertretung von Guido Bodrato), Norbert Glante, Cristina Gutiérrez Cortines, Michel Hansenne, Hans Karlsson, Bashir Khanbhai, Werner Langen, Caroline Lucas, Erika Mann, Hans-Peter Martin (in Vertretung von Massimo Carraro), Marjo Matikainen-Kallström, Eryl Margaret McNally, Angelika Niebler, Reino Paasilinna, Paolo Pastorelli, Elly Plooi-j-van Gorsel, Samuli Pohjamo (in Vertretung von Colette Flesch), John Purvis, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Bernhard Rapkay (in Vertretung von Harlem Désir), Imelda Mary Read, Mechtild Rothe, Christian Foldberg Røvsing, Paul Rübig, Konrad K. Schwaiger, Esko Olavi Seppänen, W.G. van Velzen, Alejo Vidal-Quadras Roca und Dominique Vlasto.

Der Bericht wurde am 27. Januar 2003 eingereicht.

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

### Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Wegen zur allgemeinen Verbreitung der Mobilkommunikation der dritten Generation (2002/2240(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Wege zur allgemeinen Verbreitung der Mobilkommunikation der dritten Generation“ (KOM(2002) 301<sup>1</sup> - C5-0525/2002),
- in Kenntnis der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation)<sup>2</sup>,
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Sevilla vom 21. und 22. Juni 2002 (SN 200/1/02),
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Barcelona vom 15. und 16. März 2002 (SN 100/1/02),
- in Kenntnis der Richtlinie 2002/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und dazugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung (Zugangsrichtlinie)<sup>3</sup>,
- in Kenntnis der Richtlinie 2002/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (Genehmigungsrichtlinie)<sup>4</sup>,
- in Kenntnis der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie)<sup>5</sup>,
- in Kenntnis der Richtlinie 2002/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienstrichtlinie)<sup>6</sup>,
- in Kenntnis der Entscheidung Nr. 676/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen Rechtsrahmen für die Frequenzpolitik in der Europäischen Gemeinschaft (Frequenzentscheidung)<sup>7</sup>,

---

<sup>1</sup> Noch nicht im ABl. veröffentlicht

<sup>2</sup> ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37

<sup>3</sup> ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 7

<sup>4</sup> ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 21

<sup>5</sup> ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 33

<sup>6</sup> ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 51

<sup>7</sup> ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 1

- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Gipfels von Göteborg vom 15. und 16. Juni 2001 (SN200/01),
  - in Kenntnis der Empfehlung des Rates Nr. 1999/519/EG vom 12. Juli 1999 zur Begrenzung der Exposition der Bevölkerung gegenüber elektromagnetischen Feldern (0 Hz - 300 GHz)<sup>1</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 5. Mai 1994 zur Bekämpfung der durch nichtionisierende Strahlung verursachten Gefahren<sup>2</sup>,
  - in Kenntnis der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Ausschusses für Toxizität, Ökotoxizität und Umwelt (CSTEE) der Europäischen Kommission vom 30. Oktober 2001 über die möglichen Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern (EMF), Hochfrequenzfeldern (RF) und Mikrowellen-Strahlung auf die Gesundheit des Menschen,
  - in Kenntnis des Berichts der Europäischen Kommission vom April 2002<sup>3</sup> über die Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Begrenzung der Exposition der Bevölkerung gegenüber elektromagnetischen Feldern (0 Hz - 300 GHz),
  - in Kenntnis der Entscheidung Nr. 128/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 1998 über die koordinierte Einführung eines Drahtlos- und Mobilkommunikationssystems (UMTS) der dritten Generation in der Gemeinschaft<sup>4</sup>,
  - gestützt auf Artikel 47 Absatz 2 und Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0016/2003),
- A. in der Erwägung, dass die Versteigerungen von UMTS-Lizenzen in bestimmten Mitgliedstaaten für diesen Sektor – mitunter akute – finanzielle Probleme mit sich gebracht haben, dass der Ausbau von 3G-Netzen und -Diensten sich dadurch erheblich zu verzögern droht und dass einzelne Mitgliedstaaten gegenwärtig einseitig Stützungsmaßnahmen treffen wollen, die eine harmonisierte Entwicklung des Telekommunikationssektors behindern, sowie in der Erwägung, dass die Kommission die Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2003 nutzen sollte, um einen Aktionsplan vorzulegen, der auf die Schaffung gleicher Spielregeln für 3G-Infrastrukturen, -Anwendungen und -Dienste in der EU ausgerichtet ist, und in der Erwägung, dass die Vergabe der 3G-Lizenzen in Europa zu Wettbewerbsverzerrungen und einer Fragmentierung des europäischen Mobilfunkmarktes geführt hat,
- B. in der Erwägung, dass für die erfolgreiche Verbreitung der 3G-Technik nicht nur Netze erforderlich sind, sondern zugleich auch Dienste mit hochwertigen Inhalten, und dass Informationen öffentlicher Stellen potenziell ein wichtiger Grundstoff für den Ausbau

<sup>1</sup> ABl. L 199 vom 30.7.1999, S. 59

<sup>2</sup> ABl. C 205 vom 25.7.1994, S. 439

<sup>3</sup> [http://europa.eu.int/comm/health/ph/programmes/pollution/implement\\_rep\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/health/ph/programmes/pollution/implement_rep_en.pdf)

<sup>4</sup> ABl. L 17 vom 22.1.1999, S. 1-7

solcher Dienste mit hochwertigen Inhalten sind,

- C. in der Erwägung, dass sich die Telekommunikationstechnologien sehr rasch weiterentwickeln und einem ständigen Wandel unterliegen und dass in den kommenden Jahren eine verstärkte Nutzung multimedialer Anwendungen erwartet wird, wofür die höheren Übertragungskapazitäten und Verarbeitungsgeschwindigkeiten der 3G-Netze erforderlich sind,
- D. in der Erwägung, dass das hohe Wachstumspotential und die erfolgreiche Verbreitung von Netzen und Diensten der dritten Generation von ganz entscheidender Bedeutung für die Realisierung von eEurope und damit zum Nutzen aller Bürger sind,
- E. in der Erwägung, dass sich die Empfehlungen der WHO (Weltgesundheitsorganisation) auf den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand stützen,
- F. in der Erwägung, dass die gemeinsame Nutzung der Netzinfrastruktur den Ausbau der 3G-Netze fördert und der Diskussion um elektromagnetische Strahlung (EMVU) Rechnung trägt,
- G. in der Erwägung, dass Anreize zur Investition in neue Technologien in besonderem Maße durch verlässliche und investitionsfördernde Rahmenbedingungen geschaffen werden,
- H. in der Erwägung, dass die Telekommunikationsunternehmen hohe Innovations- und Investitionsanstrengungen für die erfolgreiche Einführung der 3G-Mobilkommunikation, den zügigen Ausbau der dazu erforderlichen Infrastruktur und die Entwicklung entsprechender Internetanwendungen zu tragen haben,
- I. in der Erwägung, dass sich die europäische Telekommunikationsindustrie in einer angespannten Situation befindet und die meisten europäischen Telekommunikationsunternehmen mit einer gewaltigen Schuldenlast konfrontiert werden, die in einigen Mitgliedstaaten auf hohe UMTS-Lizenzkosten zurückzuführen ist,
- J. in der Erwägung, dass sich die Grenzwerte für die Belastung mit elektromagnetischen Feldern durch Mobilfunkanlagen in den Mitgliedstaaten an einer Empfehlung der WHO orientieren und diese Werte in der EU deutlich unterschritten werden,
- K. in der Erwägung, dass der Ausbau der Mobilfunknetze in den Mitgliedstaaten insbesondere unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, gesundheitlicher und ästhetischer Aspekte erfolgen sollte, und in der Erwägung, dass die vollständige Versorgung sowohl auf dem Lande als auch in den Städten notwendig ist,
- L. in der Erwägung, dass die Entwicklung der Informationsgesellschaft unter Achtung des Rechts auf Privatsphäre und des Schutzes personenbezogener Daten erfolgen muss,
- M. in der Erwägung, dass trotz der Bemühungen um die allgemeine Zugänglichkeit der neuen Technologien immer noch große Unterschiede beim Zugang zu diesen Technologien und bei ihrer Nutzung im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und sozialen Aspekten bestehen, und zwar sowohl auf der europäischen Ebene als auch global gesehen,

- N. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament wiederholt gefordert hat, dass auf europäischer und nationaler Ebene Maßnahmen getroffen werden, um die Entstehung einer digitalen Kluft zu verhindern und eine Informationsgesellschaft für alle zu schaffen, auch für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit niedrigen Einkommen, um einen gleichwertigen und erschwinglichen Zugang sicherzustellen,
- O. in der Erwägung, dass Mobilkommunikation der dritten Generation durch die Entwicklung attraktiver Anwendungen das Potenzial besitzt, an den Erfolg der vorausgehenden zweiten Generation in Europa anzuknüpfen, dass derzeit die Verbreitung der 3G-Technologie Verzögerungen erfährt und dass die Verbraucher beim derzeitigen Dienstangebot noch nicht von den Möglichkeiten der dritten Generation überzeugt sind,
- P. in der Erwägung, dass ein ausgewogener Wettbewerb und ein stabiler und vorhersehbarer ordnungspolitischer Rahmen, der Investitionen förderlich ist und Risikobereitschaft und Innovation belohnt, benötigt werden, um private Investitionen in den Aufbau der groß angelegten Infrastruktur zu fördern, die erforderlich ist, um den Verbrauchern überall in der EU 3G-Dienste anzubieten,
- Q. in der Erwägung, dass die Bürger ein Maximum an Transparenz in Bezug auf die Qualität der gebotenen Dienste und ihre Preise fordern und dass dem Aspekt der Sicherheit entscheidende Bedeutung zukommt, um bei den Verbrauchern Vertrauen in elektronische Transaktionen zu schaffen und die Nachfrage zu fördern,
- R. in der Erwägung, dass es für die Entwicklung der 3G-Mobilkommunikation von Bedeutung ist, jegliche Regulierungsvorhaben sorgfältig zu prüfen und etwaige Regulierungsinterventionen nur mit großer Zurückhaltung zu verfolgen,
- S. unter Hinweis auf die überaus entscheidende Rolle einer neutralen und unabhängigen Forschung als Grundlage aller gesetzgeberischen Tätigkeit,
1. fordert nachdrücklich, zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein deutliches Signal für die Einführung der Mobilkommunikation der dritten Generation in Europa zu setzen;
  2. fordert nachdrücklich, dass die Mitgliedstaaten die neuen Richtlinien über elektronische Kommunikation zügig umsetzen und dass neues innerstaatliches Recht auf diesem Gebiet möglichst weitgehend auf harmonisierte Art und Weise geschaffen wird;
  3. fordert eine kontinuierliche Weiterbehandlung der Entwicklungen im Telekommunikationsbereich, um unterschiedslos allen Innovationen Rechnung zu tragen;
  4. begrüßt die Initiative der Kommission auf dem Gebiet der offenen Plattformen für digitales Fernsehen und 3G-Dienste;
  5. fordert die Kommission auf, die Initiative für drahtlose Plattformen zügig weiterzuverfolgen und konkrete Maßnahmen zu treffen, die die Verwendung drahtloser Plattformen fördern, um zu verhindern, dass die Verbraucher gezwungen werden, sich auf das Angebot eines einzigen Betreibers zu beschränken, und um die Auswahl für den Verbraucher im Bereich der 3G-Dienste und -Anwendungen zu gewährleisten, was für den vollständigen Ausbau der 3G-Technik notwendig ist;



6. fordert die Kommission und die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden in der Gruppe der europäischen Regulierungsinstanzen auf, die „angestammten“ Probleme zu lösen und sich anschließend neuen Themen zuzuwenden wie der gemeinsamen marktbeherrschenden Stellung und der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung von 3G-Anwendungen und -Diensten mit Blick auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Sektor;
7. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihren Beitrag zur Förderung der dritten Generation zu leisten, indem sie die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen als eine der Säulen für Dienste mit hochwertigen Inhalten zu möglichst günstigen Bedingungen fördern;
8. appelliert an die auf dem Gebiet der 3G-Dienste tätige Privatwirtschaft, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und vertrauenswürdige geschäftliche Konzepte zu entwickeln, die sowohl bei den Investoren als auch bei der Allgemeinheit wieder Vertrauen entstehen lassen;
9. wünscht, dass bei der rechtzeitigen Verbreitung der Mobilkommunikation der dritten Generation die Bedeutung der Telekommunikation und insbesondere des Mobilfunksektors für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie für die Industrie der Europäischen Union und die Fortentwicklung der Informationsgesellschaft berücksichtigt wird;
10. fordert die Kommission auf, so rasch wie möglich Leitlinien für eine gemeinsame Nutzung der Netzinfrastruktur in der Europäischen Union vorzulegen, die eine raschere und harmonisierte Verbreitung von 3G-Netzen und -Diensten erleichtern wird;
11. ermuntert die Mitgliedstaaten und die privaten Betreiber, die Hindernisse, die die Verbreitung der 3G-Dienste erschweren, zu beseitigen, damit die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen im Bereich der Flächendeckung nachkommen können;
12. weist darauf hin, dass die von der WHO empfohlenen Grenzwerte für die Belastung mit elektromagnetischen Feldern durch Mobilfunkanlagen in den EU-Mitgliedstaaten bereits deutlich unterschritten werden;
13. unterstützt die unabhängigen wissenschaftlichen Studienprogramme über die möglichen Auswirkungen elektromagnetischer Wellen, die von der WHO in Auftrag gegeben wurden;
14. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten, die Betreiber und die für die Verwaltung der Telekommunikationsinfrastrukturen zuständigen Staatsorgane auf, sich aktiv an der öffentlichen Diskussion über elektromagnetische Felder und Mobilkommunikation zu beteiligen, indem sie unter anderem verlässliche Informationen über den gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und die Technologie zur Verfügung stellen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Initiative der Kommission, ein europäisches Informationssystem über EMF unter Beteiligung aller interessierten Kreise einzurichten;
15. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Installationen für das Mobilfunknetz so angebracht werden, dass Gesundheit und Umwelt so umfassend wie nur mög-

lich geschützt werden, und dass ihre Standorte im Rahmen von transparenten Städteplanungsverfahren festgelegt werden;

16. fordert die Mitgliedstaaten auf, in den Bedingungen für den Aufbau der 3G-Netzinfrastruktur sowohl den Schutz der Gesundheit und der Umwelt als auch einen reibungslosen und schnellen Netzausbau zu berücksichtigen; begrüßt in diesem Zusammenhang die ermutigenden Bemühungen der Mobilfunknetzbetreiber, die Transparenz zu erhöhen und den Dialog mit lokalen Behörden und der Öffentlichkeit zu suchen; stellt fest, dass darüber hinaus Kooperationen der Betreiber, die den Netzaufbau begünstigen (gemeinsame Nutzung von Netzinfrastruktur), engagiert befürwortet werden sollten;
17. fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten bei der Förderung und der Koordinierung des Austauschs von bewährten Verfahren im Bereich der Städteplanung im Hinblick auf die Harmonisierung in der EU zu unterstützen;
18. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen Aktionsplan auszuarbeiten, um ein allgemeines Konzept im Sektor der 3G-Mobilkommunikation zu fördern, der gewährleistet, dass technische Spezifikationen, die die Zugangsprobleme für Menschen mit Behinderungen lösen, in den Entwurf der Produkte einbezogen werden;
19. fordert, dass sämtliche Richtlinien des neuen Regelungsrahmens für elektronische Kommunikation unverzüglich umgesetzt werden und in Kraft treten;
20. unterstreicht die Bedeutung des Schutzes von Kindern bei der Nutzung des Internet und fordert die Kommission und die Diensteanbieter einschließlich der Inhalteanbieter auf, die Möglichkeiten des Schutzes von Kindern zu prüfen;
21. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, kohärente Maßnahmen zu treffen, um eine schnelle Verbreitung der Vorteile der 3G-Technologie zu sichern, beispielsweise durch die Verbesserung der Bedingungen für den Netzaufbau;
22. weist nachdrücklich darauf hin, dass die allgemeine Verbreitung der 3G-Mobilkommunikation ausgewogen und ohne Diskriminierungen erfolgen muss, und unterstreicht die Bedeutung der Achtung der Wettbewerbsregeln, damit die betroffenen Unternehmen unabhängig von ihrer Größe gleichberechtigt auf dem Markt tätig sein können;
23. unterstreicht, dass grundsätzlich nur der freie Wettbewerb erschwingliche Preise für die Verbraucher gewährleistet;
24. begrüßt die Leitlinien der Kommission im Bereich der gemeinsamen Nutzung der Netzinfrastruktur und fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese gemeinsame Nutzung zu frei ausgehandelten Bedingungen erfolgt, die dem gesunden Wettbewerb nicht zuwiderlaufen;
25. fordert die an der allgemeinen Verbreitung der 3G-Mobilkommunikation beteiligten Betreiber auf, sich zu einer transparenten Politik des Angebots an Diensten zu bekennen, um den Verbrauchern ein Höchstmaß an Informationen zu gewährleisten und so ein Klima des Vertrauens zu schaffen, dass wiederum die Nachfrage fördern wird;

26. weist darauf hin, dass besonderes Augenmerk auf die Sicherheit von Zahlungen über Mobiltelefone zu richten ist, und fordert, dass über diesen Aspekt eingehende Überlegungen angestellt werden, um zu angemessenen politischen und technischen Antworten zu gelangen, wie etwa das Mobile Payments Initiative System; andernfalls werden sich elektronische Zahlungen mittels der 3G-Technologie aus Angst vor Betrügereien nicht durchsetzen, was den Markt schwächen wird;
27. unterstreicht, dass es durch einen etwaigen Frequenzhandel nicht zu Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Telekommunikationsmarkt kommen darf;
28. ermuntert die Mitgliedstaaten, die Unterstützung von Breitbandinitiativen durch Steuererleichterungen und Maßnahmen zur Anregung der Nachfrage nach breitbandigen Anwendungen wie „eHealth“ zu fördern;
29. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, jeden regulatorischen Eingriff in den Mobilfunk, insbesondere bei der dritten Generation, sehr sorgfältig zu prüfen, um keine Investitionshindernisse aufzubauen;
30. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

# BEGRÜNDUNG

## Hintergrund

Im März 2001 legte die Kommission eine Mitteilung zur Einführung der dritten Generation von Mobilfunkdiensten in der Union vor. In dieser Mitteilung wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die den Übergang vom 2G-System auf das 3G-System erleichtern sollten und folgende Bereiche betrafen: Verbesserung des Rechtsrahmens, Berücksichtigung ungelöster technischer Fragen, Unterstützung der Entwicklung von drahtlosen Anwendungen und innovativer Inhalte sowie Aufrechterhaltung der Anstrengungen im Bereich der FuE in diesem Sektor auf Ebene der Gemeinschaft.

Im März 2002 erklärte der Europäische Rat von Barcelona in seinen Schlussfolgerungen Folgendes: *„Die technologische Konvergenz bietet allen Unternehmen und Bürgern neue Möglichkeiten des Zugangs zur Informationsgesellschaft. Das digitale Fernsehen und die Mobilfunksysteme der dritten Generation (3G) werden eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung eines breiten Zugangs zu interaktiven Diensten spielen“.*

Im Juni 2002 hat die Kommission daher dem Europäischen Rat von Sevilla die vorliegende Mitteilung vorgelegt. Der Rat hat die Hindernisse zur Kenntnis genommen, auf die die allgemeine Verbreitung der Mobilkommunikationsnetze und -dienste der dritten Generation noch stößt.

## Inhalt der Mitteilung

Die Kommission untersucht die Probleme und Herausforderungen im Zusammenhang mit der allgemeinen Verbreitung der 3G-Mobilkommunikation.

In ihrer Mitteilung unterstreicht sie, dass der Telekommunikationssektor unter der allgemeinen Rezession leidet und großem Druck durch die Finanzmärkte ausgesetzt ist, in die er massiv investiert hat; sie weist jedoch darauf hin, dass die 3G-Technologie stabil zu sein scheint.

Eine der wichtigsten Fragen für die Entwicklung der Mobildienste ist die Interoperabilität der Endgeräte. In diesem Zusammenhang weist die Kommission darauf hin, dass man 2002 bei der Weiterentwicklung der 3G-Endgeräte Fortschritte gemacht hat: die ersten Modelle für die Vermarktung in Europa liegen vor. Ferner wurden die vorhandenen 2G-Netze modernisiert und auf GPRS umgestellt, wodurch die 2,5G vorbereitet wurde. Sie merkt jedoch an, dass noch einige technische Probleme bestehen, etwa Anrufausfälle, Probleme mit der Gerätesoftware und unzureichende Batteriekapazität.

Was die Situation auf dem Markt der 3G-Mobilkommunikation angeht, so ist derzeit kein 3G-Dienst in Europa verfügbar. Nur Japan hat die 3G-Dienste international vermarktet. Die Kommission vertritt die Auffassung, dass die Aussichten für die Nachfrage nach diesen Diensten aus zweierlei Gründen gut sind. Einerseits aufgrund der spektakulären Zunahme des SMS-Verkehrs, aufgrund derer die Aussicht auf eine Nachfrage nach perfektionierten

Diensten besteht, die durch die 3G-Technologie abgedeckt werden könnte. Andererseits wegen der Tatsache, dass in Europa über 50 GSM-Betreiber seit Januar 2002 GPRS-Dienste anbieten können.

In Bezug auf die ordnungspolitischen Fragen weist die Kommission darauf hin, dass die Lizenzvergabeverfahren für 3G-Dienste in allen Mitgliedstaaten abgeschlossen und in allen Ländern außer Frankreich und Irland Lizenzen vergeben wurden (insgesamt 61 Lizenzen bis September 2002). Diese Zahl der Lizenzen reicht aus, um die Entwicklung eines Wettbewerbsumfelds zu ermöglichen.

Die Mitteilung enthält eine Analyse der Herausforderungen und Antworten für die umfassende Verbreitung der 3G-Mobildienste. Nach Anhörung aller von der allgemeinen Verbreitung der 3G-Mobilkommunikation betroffenen Akteure stellte die Kommission fest, dass in folgenden Bereichen Konsens besteht:

- in der Phase der allgemeinen Verbreitung der 3G-Dienste ist keine gesetzgeberische Tätigkeit erforderlich; man muss unbedingt die Marktkräfte wirken lassen;
- die 3G-Dienste müssen langfristig zu einer der Dienstplattformen einer durchgängigen Informationsgesellschaft werden;
- die öffentlichen Instanzen müssen sich an dem Verfahren zur allgemeinen Verbreitung beteiligen, indem sie es kontinuierlich unterstützen.

Es wurden drei Faktoren für die Unterstützung des Sektors ausgemacht: in erster Linie ein stabiles, harmonisiertes und transparentes ordnungspolitisches Umfeld, das die Interessen der Verbraucher berücksichtigt. Zweitens ist die Union gefordert, bereits im Vorfeld eine unterstützende und stimulierende Rolle zu spielen. Schließlich sind langfristige Initiativen durchzuführen, die der bisherigen Entwicklung im 3G-Telekommunikationssektor und der bevorstehenden Erweiterung Rechnung tragen.

Die Kommission betont die Notwendigkeit, die Koordinierung der politischen Entscheidungen in der gesamten EU zu verstärken. Diese Voraussetzung ist unbedingt einzuhalten, um die Verwaltung der künftigen Dienste und Technologien auf der Grundlage der Nutzung des Frequenzspektrums zu gewährleisten. Derzeit gibt es in der EU 15 unterschiedliche Regelungen für die Zuteilung von Frequenzen an die Betreiber.

Was den ordnungspolitischen Rahmen angeht, so ist der Kommission zufolge keine Änderung bei der Lizenzerteilung erforderlich. Alle Anpassungen im Bereich der Aufbauverpflichtungen müssen transparent und objektiv erfolgen und nach einer öffentlichen Konsultation in Zusammenarbeit mit den nationalen Verwaltungen durchgeführt werden. Die Laufzeit der Lizenzen wird kurzfristig nicht geändert. In Bezug auf die Lizenzgebühren oder sonstige Zahlungen in diesem Zusammenhang ist die Kommission der Auffassung, dass jede Änderung kontraproduktiv wäre. Eine Präzisierung der Regelungen wird als notwendig erachtet, insbesondere in Bezug auf die gemeinsame Nutzung von Netzinfrastrukturen (wenn sie in der ursprünglichen Lizenz nicht vorgesehen ist) und aus Gründen des Umweltschutzes.

Die Kommission zieht eine Zwischenbilanz im Hinblick auf die Sondermaßnahmen zur Unterstützung der allgemeinen Verbreitung der 3G-Mobilkommunikation. Derzeit ist sie mit

einem größeren Hindernis konfrontiert, und zwar den unterschiedlichen Bedingungen für die Erteilung von Genehmigungen (verschiedene Regelungen auf nationaler und lokaler Ebene in Bezug auf den Emissionshöchstwert und den Umweltschutz). Um die allgemeine Verbreitung zu erleichtern, fördert die Kommission derzeit die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen und Anlagen sowie den Austausch von Verfahren, um der Forderung nach Schutz der Gesundheit und der Umwelt nachzukommen und gleichzeitig die Informationsgesellschaft zu fördern.

### **Haltung der Berichterstatterin**

Die Kommission hat dieses Dokument verfasst, um festzustellen, welche Hindernisse für die allgemeine Verbreitung der 3G-Mobilkommunikation bestehen. Tatsächlich sind die 3G-Dienste in den Hintergrund gerückt, seit die Versteigerungen oder „Beauty Contests“ auf die erste Seite der Wirtschaftspresse gerückt sind. Die Berichterstatterin stimmt der Analyse der Kommission bezüglich der Hindernisse zu, die die allgemeine Verbreitung der Mobilkommunikation der dritten Generation verlangsamen oder sogar hemmen.

Die grundlegende Frage betrifft den Markt für 3G-Dienste: gibt es diesen Markt tatsächlich? Wie gestaltet sich die Nachfrage des europäischen Verbrauchers nach Diensten dieser Technologie? Die Kommission müsste eine eingehende Untersuchung des wirtschaftlichen Umfelds durchführen.

Einige Regierungen wollen anscheinend, dass die Betreiber staatliche Beihilfen erhalten, um mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation fertig zu werden. Die Berichterstatterin ist nicht grundsätzlich gegen solche Beihilfen, vorausgesetzt, dass die Verpflichtung zur Erbringung des Universaldienstes eingehalten wird. Es würde sich um eine öffentliche Beihilfe für einen privaten Sektor handeln.

Die Technologie ist sehr kostspielig, und unglücklicherweise kränkt der ganze Sektor der neuen Wirtschaft. Wird die 3G-Technologie nicht schon bald überholt sein? Andere Technologien wie WiFi, Bluetooth oder UWB Ultra Wide Band befinden sich in Entwicklung, und fairerweise müssen sie gleichberechtigten Zugang zum Markt haben.

Die Nachfrage nach 3G-Diensten wird in großem Maße vom Preis abhängen, den die Betreiber den Verbrauchern bieten können. Um erschwingliche Preise zu gewährleisten, muss man die natürliche Tendenz des Sektors zur Kartellbildung bekämpfen. Ferner müsste man echten Wettbewerb und transparente Tarife gewährleisten. Es ist jedoch unklar, wie man die Preisstruktur vergleichen soll: indem man die Inhalte vergleicht? Oder die Kilobits? Die Verbindungsdauer? Der Inhalt der Pakete muss so detailliert wie möglich sein.

Ein wesentlicher Punkt ist der Schutz von besonders empfindlichen Nutzern, etwa Kindern, sei es durch Verschlüsselung durch die Eltern, sei es durch besondere Dienstleistungspakete.

Schließlich ist auch die Frage des Datenschutzes, und insbesondere des Schutzes der Standortdaten, im Zusammenhang mit der 3G-Technologie von besonderer Bedeutung. Wie kann dieser Schutz in Ländern gewährleistet werden, die keine Datenschutzvorschriften haben (das Roaming für GSM funktioniert in 127 Ländern, von denen einige die Grundfreiheiten sehr gering achten)?

Die Zahlungssicherheit ist ein wichtiger Aspekt, und die Berichterstatterin beglückwünscht die Kommission, dass sie diese Frage in die Mitteilung aufgenommen hat. Wie beim Internet, so werden die Verbraucher ihr Mobiltelefon nur dann für Zahlungen verwenden, wenn sie volles Vertrauen haben.

Man darf die Bedeutung des Vorsorgeprinzips im Hinblick auf eventuelle Gesundheitsprobleme keinesfalls vernachlässigen. Welche Auswirkungen haben elektromagnetische Wellen auf den menschlichen Körper? Die wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich ist noch nicht abgeschlossen. In manchen Ländern der Union wie etwa Frankreich und Spanien wird eine hitzige Debatte geführt. Ich will nur ein Beispiel nennen: in Saint-Cyr-l'Ecole, einem französischen Dorf, ist ein kleines Mädchen, das noch nicht einmal sechs Jahre alt war, im Juli dieses Jahres an einem Tumor am Hirnstamm gestorben. 1996 und 1998 sind bereits zwei andere Kinder an derselben Art von Krebs gestorben, die äußerst selten vorkommt. Die Fachleute stehen vor einem Rätsel. Es ist unerlässlich, Ärzte- und Bürgervereinigungen wie etwa Priartem (Verband lokaler Vereinigungen für die Bekämpfung von Sendemasten) in Frankreich oder Teslabel in Belgien zu konsultieren.

Schließlich muss die Aufstellung von 3G-Relais-Masten umweltverträglicher erfolgen und sich in die städteplanerische Gestaltung einfügen. Die Mitgliedstaaten werden dafür sorgen, dass städtebaulichen Genehmigungen Gegenstand klarer Verfahren mit öffentlichen Anhörungen sind. Für die dritte Generation werden zwischen vier und 16 Mal mehr Masten benötigt als für die 2G.

Aus diesen Gründen, also aus wirtschaftlichen, ökologischen und gesundheitspolitischen Gründen, tritt die Berichterstatterin für die gemeinsame Nutzung von Masten und Infrastrukturen ein, die auch von der Kommission vorgeschlagen wird.